

Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen



Die Entwicklung des Bildungswesens ist in gesamtgesellschaftliche und ökonomische Prozesse eingebettet. Solche Rahmenbedingungen werden in diesem Kapitel für die Bereiche Demografie, Wirtschaft, Erwerbstätigkeit sowie Familien- und Lebensformen näher beleuchtet. Wo möglich, werden die Befunde dabei in einen regionalen und internationalen Kontext gestellt, um Unterschiede basierend auf der Bevölkerungszusammensetzung, der wirtschaftlichen und arbeitsmarktspezifischen Situation auszumachen.

Im Bereich Demografie liegt der Fokus auf dem in den letzten Jahren sehr dynamischen Wandergeschehen, welches die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zeitweise kompensieren konnte. Eine Analyse der Wanderung über die Staatsgrenzen hinweg zeigt auf, welche Altersgruppen welcher Herkunft besonders mobil sind und die Zusammensetzung der Bevölkerung damit maßgeblich beeinflussen. Als weiterer Faktor ist die Geburtenentwicklung der letzten Jahre in Abhängigkeit von Alter und Herkunft der Mutter näher zu betrachten (A1).

Die wirtschaftliche Entwicklung und die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte bestimmen wesentlich die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen. Dabei gewährleistete die stabile positive konjunkturelle Entwicklung im hier retrospektiv betrachteten Zeitraum bis 2018 steigende Steuereinnahmen, die den öffentlichen Haushalten größere Handlungsspielräume eröffneten. Gleichzeitig stehen die Länder und Kommunen vor enormen finanziellen

Herausforderungen. Welche Konsequenzen sich für Bund, Länder und Kommunen aus der Corona-Pandemie letztlich ergeben, ist derzeit nicht abzuschätzen. Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung bis 2018 wird anhand der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung sowie des Bruttoinlandsprodukts betrachtet. Mit Bezug auf das Schwerpunktkapitel gilt es zu analysieren, welchen Beitrag die Digitalwirtschaft zur wirtschaftlichen Gesamtleistung liefert (A2).

Die Erwerbstätigkeit ist eng an die demografische und wirtschaftliche Entwicklung sowie an die Qualifikation und familiäre Situation der Menschen gekoppelt. So ist die Erwerbssituation in der Familie unter anderem mit der Qualifikation der Eltern, der Anzahl und dem Alter der Kinder im Haushalt sowie der Verfügbarkeit geeigneter Bildungs- und Betreuungsangebote verbunden. Ein besonderes Augenmerk liegt bei den diesjährigen Analysen auf den Alleinerziehenden, da diese besonders betroffen sind, sowie den Erwerbskonstellationen von Paarfamilien (A3).

Die sozioökonomische Situation der Familie nimmt einen wesentlichen Einfluss auf die Bildungserfolge der Kinder und wird im Bereich Familien- und Lebensformen näher beleuchtet. Die Analyse erfolgt hier anhand der 3 Risikolagen des Elternhauses – dem Risiko formal gering qualifizierter Eltern, dem sozialen Risiko und dem finanziellen Risiko – differenziert nach Familienstand, Zuwanderungserfahrung und Anzahl sowie Alter der Kinder im Haushalt. Einzelne Risikolagen werden im internationalen Vergleich dargestellt (A4).

Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung nimmt im Rahmen des Bildungsberichts einen besonderen Stellenwert ein, da sie Aufschluss darüber gibt, wie viele Personen sich gegenwärtig oder in absehbarer Zeit in einem Alter befinden, in dem sie typischerweise Bildungseinrichtungen besuchen und Bildungsangebote wahrnehmen. Eine regionale Darstellung der Altersgruppen auf Länderebene verdeutlicht die heterogene demografische Situation innerhalb Deutschlands und die damit verbundenen Herausforderungen für das Bildungssystem; ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Menschen mit Migrationshintergrund respektive Zuwanderungserfahrung.

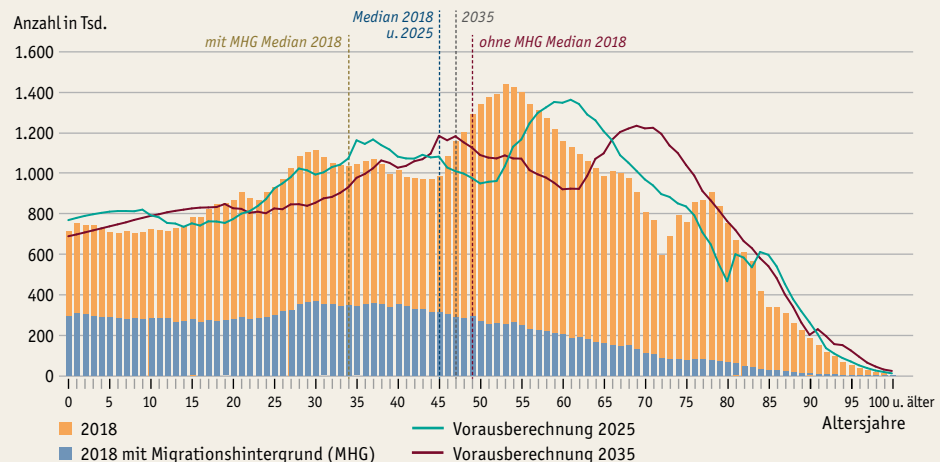
Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Einwohnerzahl erreicht 2018 Höchststand

Für die Bevölkerungsentwicklung sind grundsätzlich 3 Faktoren bestimmend: Die Anzahl der Geburten, der Sterbefälle sowie die Zu- und Abwanderung über die nationalen Grenzen. Für Deutschland lässt sich die generelle Tendenz knapp zusammenfassen: Der natürliche Rückgang der Bevölkerungszahl aufgrund von weniger Geburten als Sterbefällen konnte in den letzten Jahren durch den positiven Wanderungssaldo, also mehr Zuzüge als Wegzüge, überkompensiert werden, sodass 2018 mit über 83 Millionen erstmals mehr Menschen in West- und Ostdeutschland leben als je zuvor (**Tab. A1-2web**).

Die Bevölkerungsentwicklung verlief regional sehr unterschiedlich: Einen Zuwachs verzeichneten die Stadtstaaten sowie die westlichen Flächenländer mit Ausnahme des Saarlandes. Die Zahl der unter 6-Jährigen etwa ist seit 2008 grundsätzlich gewachsen, regional aber sehr unterschiedlich mit Werten zwischen 6 % in Sachsen-Anhalt und 30 % in Berlin. Von einem Rückgang der Bevölkerung sind insbesondere die Flächenländer im Osten betroffen; hier zeigt sich jedoch hinsichtlich der Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen ein heterogenes Bild.

Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur Deutschlands 2018 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung^M für 2025 und 2035 nach Altersjahren (Anzahl in Tsd.)



Lesebeispiel: Im Jahr 2018 haben von den 776.763 3-Jährigen rund 279.000 einen Migrationshintergrund. Diese 3-Jährigen werden im Jahr 2025 (grüne Linie) 10 Jahre alt sein und 10 Jahre später, im Jahr 2035 (rote Linie), das 20. Lebensjahr erreicht haben. Die geringe Sterblichkeit in dieser Zeitspanne und der angenommene positive Wanderungssaldo wird die Anzahl der Personen auf knapp 830.000 ansteigen lassen. 2018 liegt das Medianalter der Bevölkerung bei 45 Jahren; das heißt, dass 50 % der Bevölkerung 45 Jahre und älter sind. Das Medianalter wird in den kommenden Jahren voraussichtlich steigen: im Jahr 2025 dürfte es bei 46 Jahren, 2035 bei 48 Jahren liegen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik ^Q 2018, Mikrozensus ^Q 2018, 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung ^Q, eigene Berechnungen

→ **Tab. A1-1web**

Gut ein Viertel (26 %) der Bevölkerung hat 2018 einen Migrationshintergrund, damit liegt der Anteil um 7 Prozentpunkte höher als noch vor 10 Jahren. Höher noch als in der Bevölkerung insgesamt liegen die entsprechenden Anteile im Kindes- und Jugendalter: 2018 betrug der Anteil bei den unter 6-Jährigen 41 %, bei den 6- bis unter 10-Jährigen 40 %, bei den 10- bis unter 15-Jährigen 38 % und bei den 15- bis unter 20-Jährigen 34 %. Mehr als 90 % der Menschen mit Migrationshintergrund leben in Berlin und Westdeutschland, vorrangig in städtischen Regionen (60 %) und nur zu 27 bzw. 13 % in Regionen mit Verstärkeransätzen bzw. in ländlichen Regionen (Abb. A1-1, Tab. A1-1web).

Ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, ...

Rund ein Drittel (30 %) der Menschen mit Migrationshintergrund gehört der 2. Generation an, ist also in Deutschland geboren und hat mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil. Sie sind insbesondere in den jüngeren Altersgruppen stark vertreten: Bei den unter 6-Jährigen mit Migrationshintergrund beträgt ihr Anteil rund 88 %, entsprechend leben lediglich 12 % dieser Altersgruppe nicht von Geburt an in Deutschland und konnten erst nach ihrer Zuwanderung am deutschen Bildungssystem partizipieren. Bei den 6- bis unter 10-Jährigen und bei den 10- bis unter 15-Jährigen beträgt der Anteil der in Deutschland Geborenen unter den Menschen mit Migrationshintergrund jeweils 72 %. Noch bis zum Alter von 22 Jahren ist ihre Anzahl größer als die derjenigen mit eigener Zuwanderungserfahrung (1. Generation).

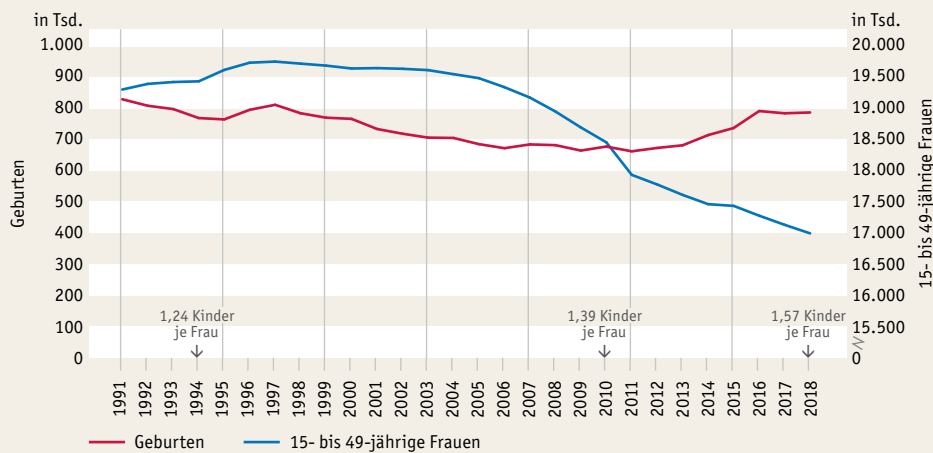
... davon ist ein Drittel in Deutschland geboren

Geburtenentwicklung

2018 sind in Deutschland 787.523 Kinder zur Welt gekommen. Aufgrund der Zuwanderung junger Frauen aus dem Ausland und der steigenden Geburtenziffer kam es in den letzten Jahren zu einem leichten Anstieg der Zahl der Geburten, sodass erstmals wieder das Niveau von 1998 erreicht wurde. Die Entwicklung verlief dabei regional heterogen: In den ostdeutschen Flächenländern sowie dem Saarland ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang der Geburten zu verzeichnen. Insbesondere in Ostdeutschland lässt sich der Rückgang auf die massive Abwanderung junger Frauen und den deutlichen Geburtenknick nach der Wende zurückführen (Abb. A1-2, Tab. A1-2web). Beide Faktoren führten dazu, dass weniger Kinder und so auch weniger Mädchen geboren wurden, die jetzt, 20 bis 30 Jahre später, Kinder bekommen können („Echo-Effekt“). So umfasste die Gruppe der Frauen in der als gebärfähig geltenden Altersspanne zwischen 15 und 49 Jahren im gesamten Bundesgebiet 1998 rund 19,7 Mil-

Steigende Geburtenziffer bei leichtem Rückgang der Geburten in den ostdeutschen Flächenländern und im Saarland

Abb. A1-2: Anzahl der Geburten und Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in Deutschland 1990 bis 2018



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2018, Geburtenstatistik 2018

→ Tab. A1-2web

lionen, 2018 sind es knapp 17,0 Millionen; 2025 dürften es noch gut 16,6 Millionen, 2035 voraussichtlich nur noch 16,1 Millionen sein.

Im Jahr 2018 liegt die zusammengefasste Geburtenziffer (nach Geburtenregister) in Deutschland im 3. Jahr in Folge bei gut 1,57 Kindern und damit weiter deutlich unterhalb des „Bestandserhaltungsniveaus“ von 2,1 Kindern, welches letztmals zu Beginn der 1960er-Jahre erreicht wurde.

Im Rahmen einer freiwilligen Zusatzbefragung des Mikrozensus 2018 wurden Frauen in Deutschland nach der Anzahl der von ihnen lebend geborenen Kinder befragt. Auf Grundlage dieser Daten ergibt sich für Frauen im Alter von 45 bis 54 Jahren eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,6 (**Tab. A1-3web**).

Kinderlosigkeit bei Frauen mit hohem Bildungsstand am höchsten

Ein Viertel (25 %) der 45- bis 54-jährigen Frauen mit hohem Bildungsstand ^M gaben an, kinderlos zu sein, während dies auf weniger als ein Sechstel (15 %) der Frauen mit niedrigem Bildungsstand zutrifft. Bei den Müttern mit niedrigem Bildungsstand fand sich zudem häufiger eine höhere Kinderzahl: In dieser Gruppe hatte jede 3. Mutter (37 %) 3 oder mehr Kinder, bei den Frauen mit mittlerem oder hohem Bildungsstand dagegen nur jede 6. Mutter (17 respektive 18 %) (**Tab. A1-4web**).

Bei hohem Bildungsstand annähernd gleiche Geburtenziffer bei in Deutschland und im Ausland geborenen Frauen

Nach Deutschland zugewanderte Frauen bekamen im Schnitt 2,0 Kinder und lagen damit deutlich über dem Wert von 1,5 Kindern der in Deutschland geborenen Frauen. Bei hohem Bildungsstand (Hochschulabschluss, Techniker- oder Meisterausbildung) ist die Geburtenziffer bei in Deutschland geborenen und zugewanderten Frauen annähernd identisch bei 1,4 respektive 1,5 Kindern. Bei einem niedrigen Bildungsstand (weder Abitur noch abgeschlossene Berufsausbildung) werden die Unterschiede deutlich: Frauen mit Geburtsland Deutschland bekommen im Schnitt 1,7 Kinder, zugewanderte Frauen 2,4.

Geburtenziffer von 1,57 entspricht dem EU-Durchschnitt

Mit der aktuellen Geburtenziffer (Geburtenregister) von 1,57 Kindern je Frau rückt Deutschland von den hinteren Plätzen ins europäische Mittelfeld auf. Dahinter stehen verschiedene parallele Entwicklungen: Während die Geburtenziffer in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen ist, sank sie in Staaten wie Schweden, Frankreich oder Italien sowie im EU-Durchschnitt. Dieser lag 2017 bei 1,56 Kindern. Die höchste Geburtenhäufigkeit in der EU hatten Frauen in Frankreich mit 1,88, die niedrigste Frauen in Spanien mit 1,26 Kindern (**Tab. A1-5web**).

Wanderungen

Weniger Zuzüge nach Deutschland als 2015

Die Differenz von Zu- und Abgewanderten – der Wanderungssaldo – lag 2018 mit rund 400.000 Personen deutlich unter dem Höchstwert von rund 1,1 Millionen aus dem Jahr 2015. Von den 2018 rund 1,6 Millionen Zugewanderten hatten 87 % eine ausländische Staatsbürgerschaft. Zugleich verließen in diesem Jahr mehr als 900.000 Ausländerinnen und Ausländer Deutschland.

Die größte Gruppe mit 277.000 Saldo-Zuzügen stammt aus europäischen Staaten, vorrangig Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Polen. Der Wanderungssaldo aus den asiatischen Staaten sank auf 119.000, nachdem er im Jahr 2015 einen Höchststand von 578.000 erreicht hatte. Die überwiegende Mehrheit dieser Zugewanderten stammt aus den von Bürgerkrieg und/oder Instabilität geprägten Staaten Syrien, dem Irak und Afghanistan und wandert aus humanitären Gründen zu. Die Zuwanderung aus Syrien und Afghanistan ist inzwischen stark rückläufig; die Einflüsse von noch unbestimmten Faktoren wie dem Familiennachzug, insbesondere von jüngeren Familienmitgliedern, oder der Rückkehr von Geflüchteten sind zahlenmäßig bisher kaum erfasst (**Abb. A1-3, Tab. A1-6web**).

Insbesondere junge Menschen aus Staaten des asiatischen Kontinents kommen oft als Schutz- und Asylsuchende nach Deutschland. 2017 war unter den Saldo-Zuzügen aus Syrien die Hälfte (55 %) unter 18 Jahre alt und damit schulpflichtig, während

dies auf die Zugewanderten aus Rumänien (14 %) oder Kroatien (22 %) nur in geringem Umfang zutrifft: Aus diesen Staaten wandern mehrheitlich Personen im typischen Erwerbsalter zu, oft schon mit abgeschlossener Berufsausbildung. Ein ähnlich differenziertes Bild wie beim Alter zeigt sich auch hinsichtlich des Bildungsstands der Zugewanderten, der sich je nach Staatsangehörigkeit deutlich unterscheidet (vgl. B5).

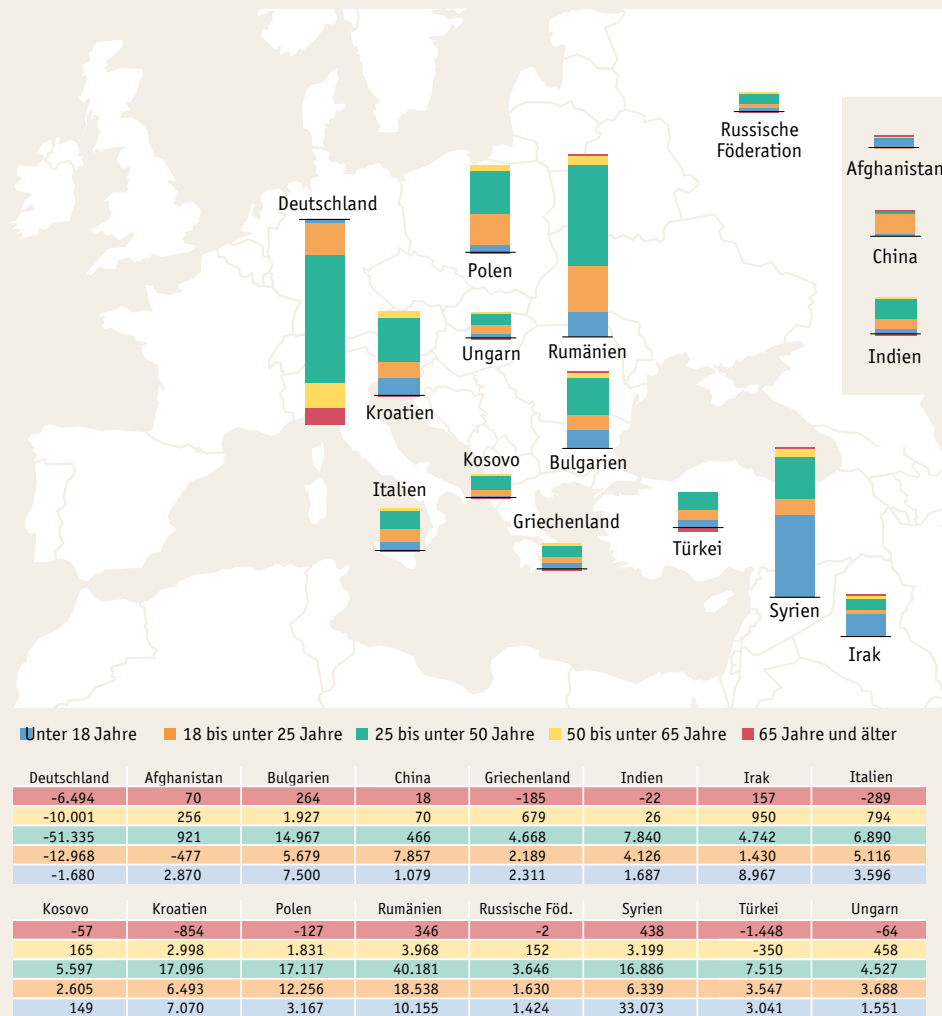
Die Wanderungsstatistik erhebt keine Sozialstrukturdaten. Diese liegen jedoch für Zugewanderte, die einen Asylantrag stellen, in der Asylgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor (Heß, 2019). Erhoben wird für Personen ab 18 Jahren unter anderem die höchste besuchte Bildungseinrichtung. 2018 gaben 10,2 % der Personen an, über keine formelle Schulbildung zu verfügen, und 17,3 %, nur die Grundschule besucht zu haben. Demgegenüber besuchten 22,9 % eine Hochschule und 20,3 % ein Gymnasium.

Die zugewanderten Menschen verteilten sich – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – zu 84 % auf die westdeutschen Flächenländer, insbesondere auf das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen, in dem jeder 5. Zugewanderte im Jahr 2018 verblieb. Auf die Einwohnerzahl bezogen waren die Stadtstaaten wichtige

Großteil der Zugewanderten aus asiatischen Staaten ist minderjährig

84 % der Zugewanderten aus dem Ausland gingen 2018 in die westdeutschen Flächenländer

Abb. A1-3: Wanderungssaldo über die Grenzen Deutschlands 2017 nach dem Land der Staatsangehörigkeit (Auswahl) und Altersgruppen (Anzahl)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik 2017

→ Tab. A1-6web

Zuzugsregionen: In Berlin kamen auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 30 Zugewanderte aus dem Ausland, in Bremen waren es 24 und in Hamburg 21, während es in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg 17 bzw. 11 Zugewanderte waren. Ein häufiges Ziel der Neuzugewanderten waren dabei kreisfreie Städte, oft Großstädte. In Nordrhein-Westfalen zog jede 5. aus dem Ausland neu zugewanderte Person nach Düsseldorf, in Baden-Württemberg ging jede 4. nach Stuttgart, in Bayern jede 3. nach München.

2017 und 2018 mit positivem Binnenwanderungssaldo für Ostdeutschland

Das innerdeutsche Wanderungsgeschehen war nach der Vereinigung lange Zeit durch nennenswerte Wanderung von Ost- nach Westdeutschland geprägt. Vor allem junge Erwachsene zog es in die westdeutschen Bundesländer, wodurch das Durchschnittsalter der ostdeutschen Bevölkerung schneller gestiegen ist. Zudem verließen mehr junge Frauen als junge Männer die ostdeutschen Regionen, was in der Vergangenheit zusätzlich zu einem Defizit an Frauen im gebärfähigen Alter geführt hat, der sich heute im Echo-Effekt (siehe oben) niederschlägt. Seit 2009 geht die Abwanderung nach Westdeutschland zurück, sodass der Saldo zwischen Ost- und Westdeutschland inzwischen nahezu ausgeglichen ist. In den Jahren 2017 und 2018 ergaben sich sogar positive Binnenwanderungssalden für Ostdeutschland. Besonders auffällig ist dabei der Rückgang der ostdeutschen Wanderungsverluste bei den 18- bis unter 25-Jährigen, was vor allem auf die Mobilität der Studierenden zurückzuführen ist, die vermehrt in Ostdeutschland und hier vorrangig in Berlin studieren. Innerhalb Deutschlands hat Brandenburg mit einem Saldo von 15.000 Personen gegenüber den anderen Bundesländern am meisten von innerdeutschen Wanderungen profitiert, gefolgt von Bayern (+9.000) und Schleswig-Holstein (+8.000). Für Brandenburg und Schleswig-Holstein handelt es sich vorrangig um Zuzüge aus Berlin respektive Hamburg (**Tab. A1-7web**).

Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausberechnung

Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes beschreiben die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung. Es werden verschiedene Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren berechnet. Die hier vorgelegten Zahlen stammen aus der 2019 vorgestellten 14. koordinierten Vorausberechnung (Variante 2).

Variante 2 geht von einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,55 Kindern bei einem moderaten Anstieg auf 1,6 aus, einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 84,4 Jahren bei Jungen und 88,1 Jahren bei Mädchen sowie einem durchschnittlichen Wanderungssaldo von 221.000 Personen pro Jahr.

Zusammengefasste Geburtenziffer

Der Wert wird aus den aufsummierten altersspezifischen Geburtenziffern (Verhältnis aller Frauen eines

Alters zu den von den Frauen dieses Alters im jeweiligen Kalenderjahr geborenen Kindern) für die 15- bis 49-jährigen Frauen generiert. Sie bezeichnet die Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen würde, wenn ihr Geburtenverhalten dem der übrigen 15- bis 49-Jährigen desselben Kalenderjahres entspräche.

Bildungsstand/Bildungsniveau

Als Maß für das Bildungsniveau im internationalen Vergleich werden die ISCED-2011-Level herangezogen. Hier wird eine Klassifizierung in die 3 Kategorien „niedrig“, „mittel“ und „hoch“ vorgenommen: Ein Hochschulabschluss oder eine abgeschlossene Techniker-/Meisterausbildung wird als hoher Bildungsstand verstanden (ISCED 5 und höher); eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine (Fach-) Hochschulreife steht für einen mittleren Bildungsstand (ISCED 3/4). Liegt hingegen weder eine abgeschlossene Berufsausbildung noch eine (Fach-)Hochschulreife vor, ist der Bildungsstand niedrig (ISCED kleiner als 3).

Wirtschaftliche Entwicklung

Zuletzt im Bildungsbericht 2018 als A2

A
2

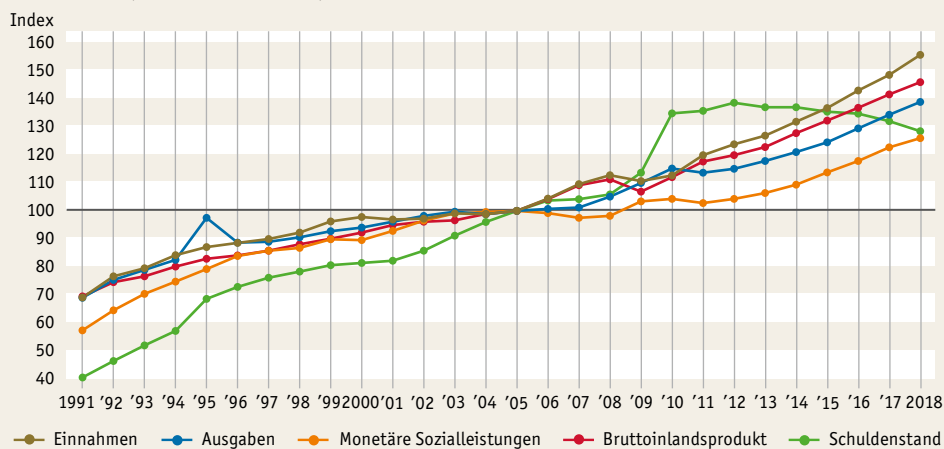
Die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst das Finanzvolumen, das für das Bildungswesen bereitgestellt werden kann. Da Bildungsangebote und im Bildungsbereich tätige Personen zu einem großen Teil von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert werden, ist das Wissen um die Situation der öffentlichen Haushalte eine unabdingbare Voraussetzung für eine realistische Einschätzung des finanziellen Handlungsspielraums der Bildungspolitik. Anzumerken ist, dass diese retrospektive Betrachtung bis einschließlich 2018 nicht die Corona-Pandemie des Jahres 2020 mit den unzweifelhaft resultierenden Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Situation der öffentlichen Haushalte berücksichtigen kann.

Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Aufgaben benötigt der Staat Einnahmen, die er zu 89 % über Sozialbeiträge und Steuern wie Lohn- und Einkommensteuer, Umsatz- und Gewerbesteuer erzielt. Diese beliefen sich im Jahr 2018 auf rund 1.552,9 Milliarden Euro, was einem Zuwachs von 4,8 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Den Einnahmen standen Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts^M von 1.490,5 Milliarden Euro (zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bereinigt) und eine Ausgabenerhöhung um 3,4 % verglichen mit 2017 gegenüber. Der größte Ausgabenblock entfiel mit 520,2 Milliarden Euro auf monetäre Sozialleistungen wie die gesetzliche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, die soziale Pflegeversicherung oder auch die Arbeitslosenversicherung. Zur sozialen Sicherung zählen ebenfalls das Kinder- und Elterngeld sowie der Ausbau und die staatliche Förderung der Kindertagesbetreuung, die gezielt der jüngsten Generation in Form vorschulischer Bildung zugutekommen soll. Weitere große Ausgabenposten des Öffentlichen Gesamthaushalts waren soziale Sachleistungen in Höhe von 285,9 Milliarden Euro, worunter unter anderem Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten – beispielsweise für Schulgebäude – fallen, und als weiterer Posten die Arbeitnehmerentgelte in Höhe von 259,3 Milliarden Euro – darunter ein Drittel (81,1 Milliarden Euro) für das Personal im staatlich finanzierten Bildungswesen (Abb. A2-1, Tab. A2-1web, vgl. B3).

Sozialleistungen
größter Ausgabenblock

Abb. A2-1: Entwicklung zentraler wirtschaftlicher Kennzahlen 1991 bis 2018 (Index 2005 = 100)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen ^M, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ^M, eigene Berechnungen

→ Tab. A2-1web

Seit 2012 Finanzierungsüberschuss und Schuldenabbau

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo (Defizit oder Überschuss) des Öffentlichen Gesamthaushalts. 2018 belief sich der Überschuss auf 62,4 Milliarden Euro und war damit das 7. Jahr in Folge positiv. Da von den 1950er-Jahren bis 2012 die öffentlichen Ausgaben mehrheitlich die Einnahmen überstiegen, wurden die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des Defizits überwiegend durch Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt gedeckt. Die Summe dieser jährlichen Schuldenzuwächse führte 2018 zu einem Bruttogesamtschuldenstand von rund 1.916,6 Milliarden Euro und lag mit 61,9 % – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (M) (BIP) – leicht über der gemäß den Bestimmungen des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts festgelegten Grenze von 60 %. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit unter dem Schnitt der EU-28-Staaten (80,4 %), wobei der Schuldenstand unter den Staaten stark variiert: Österreich weist etwa einen Schuldenstand von 74,0 % gemessen am BIP aus, Frankreich 98,1 %, Griechenland 181,2 % sowie Schweden 38,8 % und Polen 48,8 %. Der Bruttogesamtschuldenstand und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsansprüche werden die öffentliche Hand auch in Zukunft belasten (**Tab. A2-2web**).

Bruttoinlandsprodukt

Deutsches Wirtschaftswachstum 2018 unter dem Durchschnitt der EU-28-Staaten

Das reale (preisbereinigte) Bruttoinlandsprodukt ist ein wesentlicher Indikator für die Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des Wohlstands einer Volkswirtschaft. Die deutsche Wirtschaft blieb 2018 weiterhin auf Wachstumskurs, lag mit einem Plus von 1,5 % aber unter dem europäischen Durchschnitt von 2,0 %. Über dem EU-28-Durchschnitt liegen Staaten wie Polen (5,3 %) und auch Irland (8,2 %), darunter Italien (0,8 %) und Belgien (1,5 %) (**Tab. A2-3web**).

Innerhalb Deutschlands erhebliche regionale Unterschiede beim BIP

Für Deutschland insgesamt belief sich das BIP auf 3.344,4 Milliarden Euro, was einem Betrag von 40.851 Euro pro Einwohner entspricht. Innerhalb Deutschlands besteht bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach wie vor ein ausgeprägtes West-Ost- sowie ein Süd-Nord-Gefälle: Das BIP je Einwohner lag 2018 im Gebiet von Ostdeutschland (mit Berlin) bei 32.108 Euro (78,6 % des Bundesdurchschnitts), in Westdeutschland betrug es 42.971 Euro (105,2 %). Dieser Unterschied ist damit etwas geringer als die Spannweite zwischen den westdeutschen Flächenländern Bayern (117,4 %) und Schleswig-Holstein (82,1 %). Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird wegen der regionalen Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen und der ungleichen Verteilung sehr großer Unternehmen auch langfristig von größeren Differenzen geprägt sein; sie hat Auswirkungen vor allem auf die finanzielle Situation der Länderhaushalte und damit auch auf deren Ressourcen für das Bildungswesen.

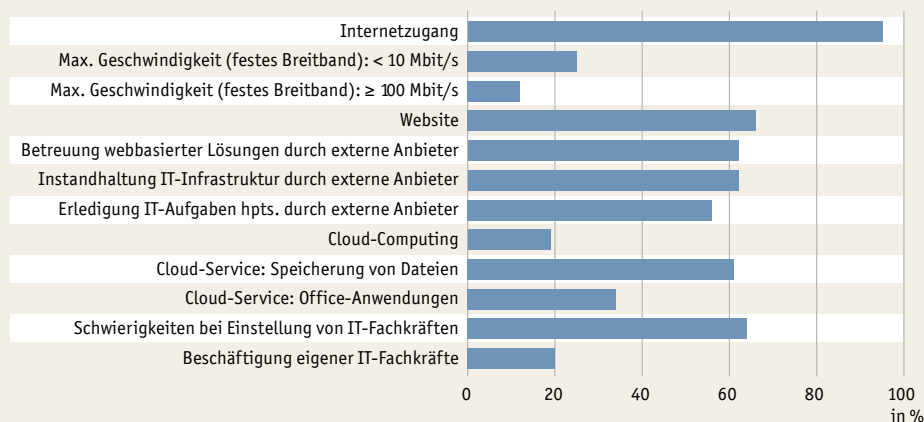
Digitale Wirtschaft

IKT-Branche mit einem Umsatz von 343,9 Mrd. Euro

Die Branche Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) ist ein zunehmend bedeutender und expandierender Eckpfeiler für die Wirtschaft in Deutschland. Neue digitale Anwendungen, Technologien und Dienstleistungen werden von spezialisierten Unternehmen des produzierenden Gewerbes (IKT-Warenproduktion), Unternehmen des Handels mit IKT-Gütern (IKT-Großhandel) und insbesondere von Unternehmen, die in ihrer Haupttätigkeit Serviceleistungen im Bereich IT und Telekommunikation anbieten (IKT-Dienstleistungen), bereitgestellt. Die IKT-Branche umfasst 2018 in Deutschland mehr als 100.000 Unternehmen und beschäftigt knapp 1,2 Millionen Menschen. Dies entspricht einem Beschäftigungszuwachs von rund einem Drittel innerhalb von 7 Jahren. Mit einem Umsatz von 343,9 Milliarden Euro erbringt die Branche 11,4 % der Gesamtwirtschaftsleistung.

Nutzung von IKT in Unternehmen selbstverständlich, ...

Die gesamte Berufswelt wird immer mehr von IKT durchdrungen: Entsprechend der „Amtlichen Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik in Unternehmen“ wird IKT in vielfältiger Form von den Unternehmen in Deutsch-

Abb. A2-2: Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) in Unternehmen in Deutschland 2018 (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, IKT-Erhebung

→ Tab. A2-4web

land verwendet: Jedes 5. Unternehmen nimmt im Jahr 2018 etwa Cloud-Services in Anspruch, also kostenpflichtige IT-Dienste über Cloud-Computing, vorrangig zur Speicherung von Dateien (61 % aller Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich). Die Entwicklung und Betreuung webbasierter Lösungen ebenso wie die Instandhaltung der IT-Infrastruktur finden dabei nur in geringem Umfang in den Unternehmen selbst statt – diese Aufgaben werden hauptsächlich von externen Anbietern übernommen. So wird zwar die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen immer selbstverständlicher, hinsichtlich der Entwicklung und Betreuung entsprechender Lösungen fehlt es jedoch an Fachkräften. Die Schwierigkeiten bei der Akquirierung von IT-Fachkräften nahmen in den letzten Jahren nochmals deutlich zu: Im Jahr 2015 gaben noch 46 % der befragten Unternehmen an, kein adäquates IT-Personal zu finden; 3 Jahre später waren es bereits 64 % (**Abb. A2-2, Tab. A2-4web**).

Besonderes Augenmerk hinsichtlich des wirtschaftlichen Wachstums und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird aktuell auf die Breitbandkonnektivität gelegt: Den Breitbandinternetzugang mit einer schnellen Übertragungsgeschwindigkeit sehen viele Unternehmen als einen Schlüsselfaktor für die umfassende Nutzung und auch Bereitstellung netzbasierter Angebote. Im Jahr 2017 griffen 95 % aller Unternehmen mittels einer Breitbandverbindung auf das Internet zu – dies entsprach dem Durchschnitt der EU-28-Mitgliedstaaten von 96 %. Tragbare Geräte mit mobilem Internetzugang stellten 66 % der Unternehmen in Deutschland ihren Beschäftigten zur Verfügung; 70 % waren es im Schnitt der EU-28-Mitgliedstaaten, wobei in Staaten wie Österreich und Dänemark über 80 % der Unternehmen ihren Beschäftigten entsprechende Geräte bereithielten (vgl. **H3**) (**Tab. A2-5web**).

... aber Entwicklung und Betreuung durch spezialisierte externe Anbieter

Unternehmen beklagen Fachkräftemangel

Öffentlicher Gesamthaushalt

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoausgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten).

Bruttoinlandsprodukt

Das jährliche BIP lässt sich in jeweiligen Preisen oder preisbereinigt darstellen. Das BIP in jeweiligen Preisen

wird sowohl von der Veränderung des Volumens als auch von der Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Rechnung ist der Einfluss der Preisentwicklung auszuschalten. Dabei werden alle Transaktionen in tiefer Gliederung mit spezifischen Preisindizes aus dem gesamten Datenangebot der Preisstatistiken deflationiert (bereinigt). Das preisbereinigte BIP wird auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet und anschließend verkettet. Die jährlichen Veränderungsdaten des preisbereinigten BIP können als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung gelten.

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigkeit hat einen wichtigen Anteil an der sozialen Einbindung in die Gesellschaft, bildet die wirtschaftliche Grundlage eines Privathaushalts und schützt in der Regel vor einer Armutsgefährdung. Erwerbslosigkeit einer Familie wird daher auch als eine der 3 Risikolagen für die Bildungssituation ihrer Kinder eingestuft (A4). Wie in den Vorjahren wird in diesem Indikator der Wandel der Beschäftigungsformen sowie der Erwerbskonstellationen in Paarfamilien nach Art und Umfang der Erwerbsbeteiligung der Partner analysiert. Ein detaillierter Blick gilt der Erwerbssituation von Alleinerziehenden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird mit einem Fokus auf IKT-Berufe beleuchtet, nachdem im letzten Bericht der Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft einen der Schwerpunkte des Indikators bildete.

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Seit 13 Jahren
kontinuierlicher
Anstieg der Erwerbs-
tätigenzahlen

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland (A2) wurde im Jahr 2018 von 41,9 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das waren rund 253.000 Personen mehr als im Jahr zuvor, wobei dieses Plus von 0,6 % hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten resultiert. Gut die Hälfte (51,3 %) der Bevölkerung ging also einer Erwerbstätigkeit ^M in Deutschland nach, was einer Zunahme um 4,2 Prozentpunkte gegenüber 2008 entspricht. Insgesamt wurde für die Zahl der Erwerbstätigen 2018 – nach einem kontinuierlichen Anstieg in den letzten 13 Jahren – der höchste Stand seit der deutschen Vereinigung erreicht. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland demografische Effekte der alternden Gesellschaft aus (Tab. A3-1web).

Ost-West-Unter-
schied bei der
Erwerbslosenquote
deutlich verringert

Die Erwerbslosenquote, der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, sank von 3,7 % im Jahr 2017 auf 3,4 % im Jahr 2018. Mit 1,5 Millionen Erwerbslosen wurde der geringste Stand seit der deutschen Vereinigung erreicht. In den letzten Jahren hat sich zudem der seit der Vereinigung bestehende große Ost-West-Unterschied bei der Erwerbslosenquote deutlich verringert: 2018 betrug die Differenz 1,7 Prozentpunkte (West: 3,1 %, Ost: 4,8 %), 1998 noch 11,6 Prozentpunkte (West: 8,3 %, Ost: 19,9 %). Im Vergleich mit den EU-28-Staaten weist Deutschland nach Tschechien die zweitniedrigste Erwerbslosenquote auf und liegt deutlich unter dem EU-28-Durchschnitt von 6,8 %.

IKT-Fachkräfte

Zahl der IKT-Fach-
kräfte innerhalb von
10 Jahren verdoppelt

Mit Bezug auf das Schwerpunktthema Digitalisierung und die bereits in A2 berichteten Rekrutierungsprobleme der Unternehmen in Hinblick auf das IKT-Personal soll an dieser Stelle die Erwerbssituation der IKT-Fachkräfte genauer in den Blick genommen werden – also der Fachkräfte, die eine wesentliche Triebfeder der Digitalisierung der Gesellschaft sind. Die Erwerbslosenquote dieser Berufsgruppe liegt bei lediglich 2,6 % und damit deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt aller Berufsgruppen von 3,3 %.

Seit 2008 ist der Anteil der IKT-Fachkräfte an allen Erwerbstätigen von 2,3 % kontinuierlich auf 3,9 % gestiegen und liegt damit auf dem Niveau der EU-28-Staaten. In Deutschland hat sich die absolute Zahl der IKT-Spezialisten innerhalb von 10 Jahren mehr als verdoppelt, was auf einen großen Bedarf in diesem Bereich hinweist. Im IKT-Bereich sind hauptsächlich und mit leicht steigender Tendenz Männer beschäftigt: 2018 lag der Anteil der männlichen IKT-Fachkräfte bei 83,2 %, 2008 noch bei 82,0 %. IKT-Fachkräfte weisen ein auffallend hohes Bildungsniveau sowie ein vergleichsweise junges Alter auf: Ähnlich dem EU-Schnitt ist mit 36,4 % jede 3. IKT-Fachkraft jünger

als 35 Jahre; über alle Branchen hinweg beträgt der Anteil 29,7%. Etwa die Hälfte (50,2%) aller IKT-Spezialisten verfügt über ein tertiäres Bildungsniveau – hier liegt die IKT-Branche knapp 20 Prozentpunkte über dem Schnitt in Deutschland, aber deutlich unter dem Niveau der IKT-Spezialisten in den EU-28-Staaten mit 62,6% (Tab. A3-2web, vgl. H4). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in Deutschland die nichtakademische berufliche Ausbildung auch in dieser Branche, anders als in den meisten anderen EU-Staaten, eine große Rolle spielt (vgl. E1).

Mit ihrem großen Anteil an hoch Qualifizierten, den überwiegend männlichen Fachkräften und dem geringen Altersdurchschnitt stellen die Erwerbstätigen der IKT-Branche einen Sonderfall unter den Erwerbstätigen insgesamt dar, der nicht den grundlegenden strukturellen Veränderungen etwa seit der Jahrtausendwende entspricht.

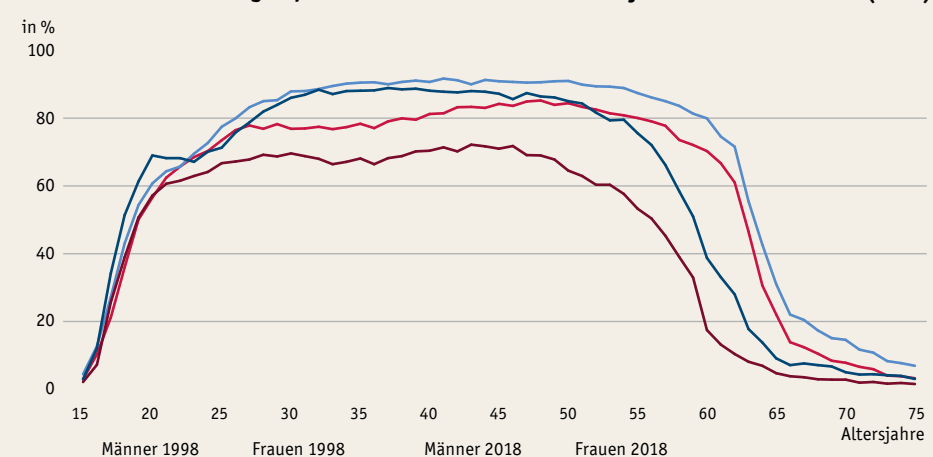
Struktur der Erwerbsbevölkerung


Die Struktur der Erwerbsbevölkerung hat sich in Deutschland in den vergangenen 2 Jahrzehnten erheblich verändert, wobei 2 Entwicklungen besonders hervorzuheben sind: Über alle Altersgruppen hinweg gehen Frauen vermehrt einer Erwerbstätigkeit nach und die Erwerbsbeteiligung von älteren Beschäftigten hat deutlich zugenommen. Besonders unter den 60- bis 64-Jährigen stieg die Erwerbstätigenquote überproportional von 19% im Jahr 1998 (2008: 35%) auf 60% im Jahr 2018 an. Im gleichen Zeitraum stieg die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen von 67 auf 80% an (Abb. A3-1, Tab. A3-3web).

Für die steigende Erwerbsbeteiligung der 60- bis 64-Jährigen in Deutschland lassen sich mehrere Ursachen festhalten. Aus demografischen Gründen fehlt in einigen Bereichen der Nachwuchs und Unternehmen können auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer seltener verzichten, was auch einen höheren Bedarf an Maßnahmen der Weiterbildung nach sich ziehen kann (vgl. G1). Zudem wurden die Möglichkeiten für einen Vorruhestand deutlich eingeschränkt und das Renteneintrittsalter ab 2012 für Männer und Frauen von 65 auf 67 Jahre angehoben. Das Bildungsniveau ist über die Jahre weiter gestiegen und höhere Bildungsabschlüsse – und damit nicht selten verbunden weniger körperlich belastende Arbeit – gehen oft mit einer längeren Teilnahme am Erwerbsleben einher: So lag die Erwerbstätigenquote der hoch Qualifizierten 60- bis 64-Jährigen mit 71% wesentlich höher als die der Gleichaltrigen mit formal geringerer Qualifikation (44%).

Seit 2008 Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen um 25 Prozentpunkte angestiegen

Abb. A3-1: Erwerbstätigenquote 1998 und 2018 nach Altersjahren und Geschlecht (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus , eigene Berechnungen

→ Tab. A3-3web

Angleichung der weiblichen an die männliche Erwerbstätigenquote

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen gleicht sich zunehmend der der Männer an: In den vergangenen 2 Jahrzehnten hat sich ihre Erwerbstätigenquote deutlich von 58,3 % (1998) auf 75,9 % (2018) erhöht und liegt aktuell nur noch 7 Prozentpunkte unter der Quote der Männer. Einen wichtigen Teil an dieser Entwicklung hat die überproportional gestiegene Erwerbsbeteiligung älterer Beschäftigter: Lag die der Frauen zwischen 60 und 64 Jahren im Jahr 1998 noch bei 11 %, geht 2018 etwas mehr als die Hälfte (56 %) dieser Altersgruppe einer Erwerbstätigkeit nach. Dennoch ist das frühere Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt bei den Frauen weiterhin ausgeprägter als bei den Männern, die in dieser Altersgruppe noch zu 66 % erwerbstätig sind. Eine zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen findet sich auch in der typischen Altersphase der Familiengründung – zwischen Mitte 20 und Mitte 40 –, die auf die Erwerbsbeteiligung der Männer in der Vergangenheit nur einen sehr geringen Einfluss hatte. Innerhalb der letzten 2 Jahrzehnte hat sich die Erwerbstätigenquote der Frauen zwischen 25 und 45 Jahren um 10 Prozentpunkte auf 79 % erhöht – in der Altersgruppe liegt die Quote der Männer bei 88 %.

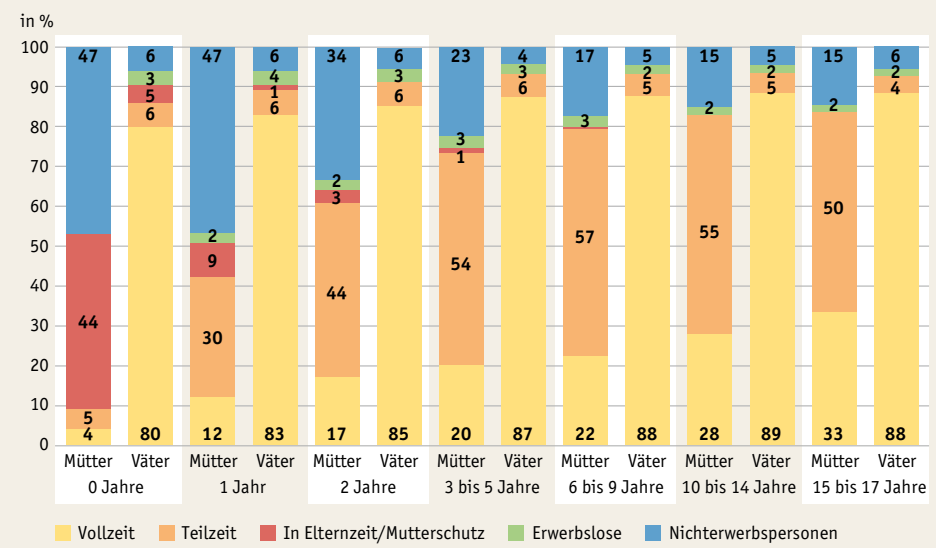
Familienbezogene Erwerbsstruktur

Die Betrachtung der Erwerbskonstellationen innerhalb der Familie verdeutlicht das Zusammenspiel von Erwerbstätigkeit und Familie und gibt Erklärungsansätze für die deutlich heterogenere Erwerbsbeteiligung der Frauen über die ganze Erwerbsphase hinweg. Die Analysen dieses Abschnitts erfolgen, so nicht anders angegeben, auf Grundlage der Betrachtung von Familienformen mit Kindern unter 18 Jahren. Zunächst wird auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern individuell eingegangen und im Anschluss daran das entsprechende Zusammenspiel in Paarfamilien beleuchtet, um die diesbezüglichen Abhängigkeiten innerhalb der Familien herauszustellen.

Väter fast ausschließlich vollzeitbeschäftigt

Erwerbstätige Väter gehen fast ausschließlich einer Vollzeitberufstätigkeit nach (86 %) – der Anteil reduziert sich geringfügig mit der Geburt eines Kindes (80 %), auch da sich bei Kindern unter 1 Jahr im Haushalt 4,6 % der Väter für eine Elternzeit entscheiden. Ist das jüngste Kind zwischen 1 und 2 Jahren, steigt der Anteil der vollzeitbeschäftigten Männer wieder auf 83 %. Mit schulpflichtigem Alter der Kinder erhöht sich der Vollzeitanteil nochmals um 5 Prozentpunkte (Abb. A3-2, Tab. A3-4web).

Abb. A3-2: Mütter und Väter nach Erwerbstyp und Alter des jüngsten Kindes 2018 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A3-4web

Während der Erwerbsstatus der Väter also nur marginal mit dem Alter (und damit dem Betreuungsbedarf) der Kinder zusammenhängt, zeigt sich bei den Müttern ein deutlich differenzierteres Bild: Besonders im 1. Lebensjahr des Kindes sind viele Mütter im Mutterschutz bzw. in Elternzeit (44 %) oder nehmen als Nichterwerbspersonen (47 %) in keiner Weise am Arbeitsmarkt teil. Ist das jüngste Kind zwischen 1 und 2 Jahren, beteiligen sich die Mütter vorrangig weiterhin nicht am Arbeitsmarkt (47 %) oder gehen einer Teilzeitbeschäftigung (30 %) nach. Mit der Schulpflicht des jüngsten Kindes steigt die Teilzeitquote dann auf über 50 %; in dieser Phase ist rund jede 5. Mutter vollzeitbeschäftigt.

Erwerbstätigkeit der Mütter deutlich vom Alter des Kindes abhängig

Deutlich wird hier die Bedeutung des Alters des jüngsten Kindes: So scheint für die Mehrheit der Mütter eine Erwerbstätigkeit erst in größerem Umfang möglich oder erwünscht zu sein, wenn die Kinder schulpflichtig werden und sich der zeitliche Betreuungsumfang in der Familie reduziert, der sich auch aufgrund starker regionaler Disparitäten der Öffnungszeiten von Tageseinrichtungen im Einzelnen deutlich unterscheiden kann (vgl. C1, C2).

Erwerbsbeteiligung von Müttern mit schulpflichtigen Kindern höher als bei jüngeren Kindern

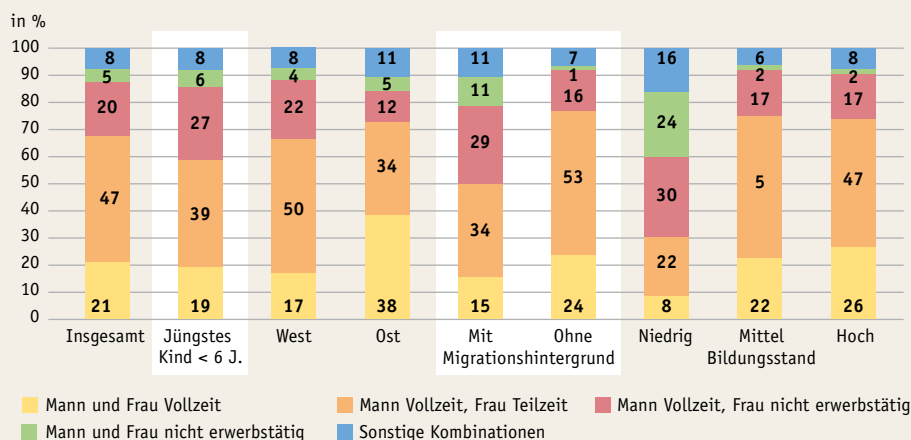
Die Erwerbssituation von Müttern und Vätern ist deutlich von der Erwerbstätigkeit der Partnerin oder des Partners abhängig. 2018 leben die Elternteile in Paarfamilien am häufigsten das Modell, bei dem der Vater in Vollzeit und die Mutter in Teilzeit arbeitet (47 %). Gegenüber 2008 ist dies ein Zuwachs von 5 Prozentpunkten. Mit zunehmender Anzahl und steigendem Alter der Kinder gewinnt diese Arbeitsteilung noch stärker an Bedeutung: Hat die Familie 1 Kind, liegt der Anteil des Modells bei 45 %; bei 2 Kindern in der Familie steigt er auf 52 %. Ist das jüngste Kind im schulpflichtigen Alter, wird das Modell von mehr als der Hälfte (53 %) der Paarfamilien gelebt. In Familien mit Kindern unter 1 Jahr ist es in nur 4 % der Fälle anzutreffen: Hier ist das „männliche Alleinverdienermodell“ mit 79 % weit stärker verbreitet (Abb. A3-3, Tab. A3-4web).

Häufigste familiäre Erwerbskonstellation ist Vollzeit des Mannes und Teilzeit der Frau

Der Bildungsstand der Partner hat einen deutlichen Einfluss auf die Erwerbskonstellation in der Familie. Ein niedriger Bildungsstand geht oft mit Erwerbslosigkeit einher: Haben beide Partner einen niedrigen Bildungsstand, sind in fast jedem 4. Fall beide Partner, in einem weiteren Drittel der Fälle nur die Frau erwerbslos. Schon ein

Erwerbsbeteiligung steigt mit höherem Bildungsstand

Abb. A3-3: Erwerbskonstellationen* in Paarfamilien mit Kindern unter 18 Jahren 2018 nach Alter des jüngsten Kindes, Region, Migrationshintergrund der Eltern und Bildungsstand der Eltern (in %)**



* Erwerbstätigkeit nach ILO-Konzept. Grenze von Teil- und Vollzeittätigkeit bei einer regelmäßigen Arbeitszeit von 32 Stunden pro Woche.
 ** Betrachtet werden Familienformen (ohne gleichgeschlechtliche Partnerschaften), in denen beide Partner zwischen 15 und 64 Jahre alt sind und mindestens ein lediges Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt.
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A3-5web

mittlerer Bildungsstand verbessert die Situation erheblich: In Familien, in denen beide Partner eine Berufsausbildung oder die Hochschulreife haben, sind in lediglich 2 % der Fälle beide Partner erwerbslos und in je einem Fünftel der Fälle beide Partner in Vollzeit tätig oder der Mann in Vollzeit tätig und die Frau erwerbslos. Der Anteil der Familien, in denen beide Partner in Vollzeit arbeiten, ist in Familien mit hohem Bildungsstand beider Partner mit 26 % noch etwas höher. Strukturelle Unterschiede zeigen sich zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund: Bestimmte Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund haben einen rechtlichen Status, der ihnen eine Erwerbstätigkeit untersagt (**Tab. A3-5web**).

Methodische Erläuterungen

Erwerbstätigkeit, Erwerbsbeteiligung, Voll- und Teilzeittätigkeit

Vgl. auch Glossar: *Erwerbsstatus nach ILO-Konzept*. Die Grenze zwischen Voll- und Teilzeittätigkeit wird für die

hier vorgenommenen Analysen bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 32 Stunden definiert. Personen in Elternzeit oder Mutterschutz gelten im Sinne der ILO-Definition als erwerbstätig.

Familien- und Lebensformen

Zuletzt im Bildungsbericht 2018 als A4

A
4

Für Kinder ist die Familie der erste und ein wesentlicher Ort der Sozialisation und Persönlichkeitsbildung (vgl. C1). Die bildungsrelevanten Ressourcen der Familie und, davon abgeleitet, des sozialen Umfelds sind für die Bildungschancen der Kinder in Deutschland nach wie vor ein entscheidender Faktor. Dargestellt wird zunächst, in welchen Familienformen Kinder aufwachsen, ob in Ein- oder in Mehrkindfamilien. Daran schließt sich eine Analyse der sozialen, finanziellen und bildungsbezogenen Risikofaktoren an, deren Vorliegen einen negativen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder haben kann. Während im letzten Bildungsbericht ein Fokus auf Geschwisterkonstellationen in den Familien gelegt wurde, gilt besonderes Augenmerk diesmal den Alleinerziehendenfamilien.

Familienformen

Die Formen des Zusammenlebens unterliegen einer langsamen, aber kontinuierlichen Veränderung, deren Vielfalt sich auf Grundlage der statistischen Daten in weiten Teilen, aber nicht vollständig nachzeichnen lässt. Mit Blick auf die letzten 20 Jahre zeigt sich deutlich, dass das Zusammenleben in Familienstrukturen, also von Erwachsenen als Ehepaar, Lebensgemeinschaft oder alleinerziehend mit ledigen Kindern in einem Haushalt, kontinuierlich abnimmt: Lebten 1998 noch 56 % der Bevölkerung in solchen Familienzusammenhängen, sind es 2018 mit 48 % weniger als die Hälfte. Nicht unberücksichtigt bei der Interpretation dieser Zahlen darf jedoch der demografische Wandel bleiben: In einer Bevölkerung mit einer immer höheren Lebenserwartung gibt es zwangsläufig immer mehr Haushalte mit älteren Menschen, die nicht mehr mit ihren Kindern zusammenleben. Es ist also verkürzt, diese Entwicklung lediglich auf einen Einstellungswandel bei den jüngeren Menschen zurückzuführen. Der deutlich erkennbare Ost-West-Unterschied hinsichtlich der Lebens- und Familienformen^M besteht auch über ein Vierteljahrhundert nach der Vereinigung Deutschlands fort: Während in Westdeutschland rund 49 % der Bevölkerung in einem Familienzusammenhang mit Kindern leben, sind es in Ostdeutschland 42 %. Einfluss darauf hatten Faktoren wie der Geburteneinbruch in den frühen 1990er-Jahren in Ostdeutschland und der damit verbundene Echoeffekt (A1) sowie das innerdeutsche Wanderungsverhalten in den Nachwendejahren (Tab. A4-1web).

In drei Vierteln der Familien lebten die Eltern 2018 als Ehepaar zusammen, wengleich sich der stetige Rückgang dieser Familienform seit nunmehr 20 Jahren fortsetzt. In Westdeutschland ist eine solche Gestaltung des Zusammenlebens mit rund 78 % stärker verbreitet als in Ostdeutschland (60 %): Dort leben Familien deutlich häufiger in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (20 %) oder in Alleinerziehendenfamilien (20 %) zusammen, während dies in Westdeutschland nur auf 7 respektive 15 % der Familien zutrifft. Bei den Familien mit Migrationshintergrund ist der Anteil von verheirateten Eltern (80 %) mit 8 Prozentpunkten deutlich höher als bei Familien ohne Migrationshintergrund (Abb. A4-1).

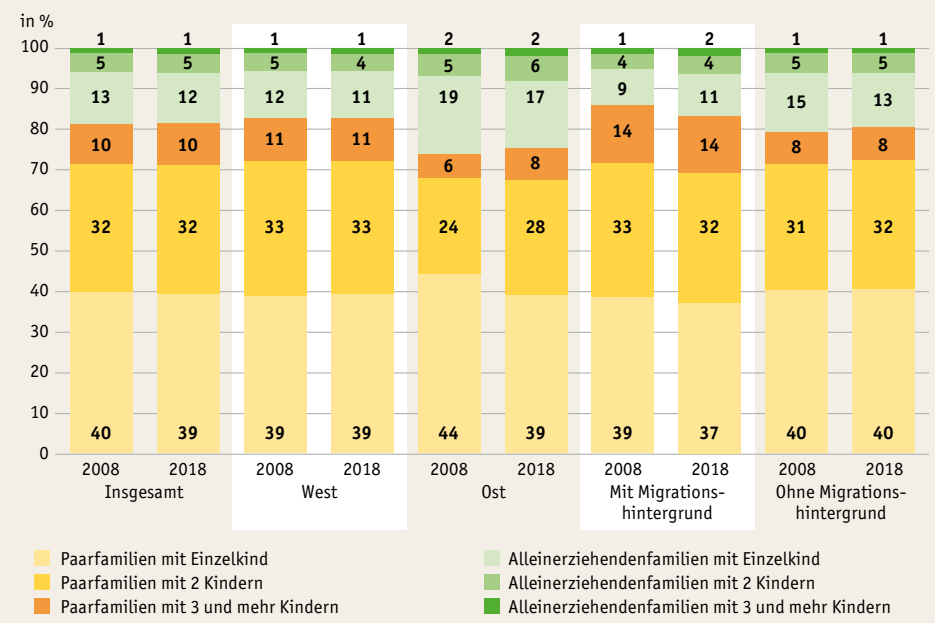
Alleinerziehendenfamilien sind in den letzten Jahren immer häufiger geworden: Unabhängig vom Alter ist 2018 in jedem 6. Haushalt mit Kindern nur ein Elternteil vorhanden, wobei die amtliche Statistik über die mannigfaltigen Erziehungs- und Betreuungskonstellationen, die auch in solchen Fällen möglich sind, nicht im Detail aussagekräftig ist. Daher beziehen sich die folgenden Aussagen über Alleinerziehende auf Haushalte, in denen ein Erwachsener mit Kind(ern) zusammenlebt. Ins Auge fallen etwa die unabhängig von der Kinderzahl hohen Anteile von Alleinerziehenden in Ostdeutschland: Knapp ein Drittel der Einkindfamilien und knapp ein Fünftel der


Rückgang des Zusammenlebens in Familienstrukturen

Ehepaare mit Kindern weiterhin häufigste Familienform

Jede 6. Familie ist Alleinerziehendenfamilie

Abb. A4-1: Haushalte* mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland 2008 und 2018 nach Familienformen, Anzahl der Kinder im Haushalt, Migrationshintergrund und Ländergruppe (in %)



* Privathaushalte am Hauptwohnsitz.
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus , eigene Berechnungen → Tab. A4-2web

Mehrkindfamilien ist dort alleinerziehend. In Ost- wie auch Westdeutschland sind die Alleinerziehenden überwiegend weiblich (84 %). Während grundsätzlich die Mehrheit (68 %) der Alleinerziehenden mit einem einzigen Kind zusammenlebt, finden sich unter den Alleinerziehenden im Vergleich mit Paarfamilien anteilig nur halb so viele mit 3 und mehr Kindern (7 respektive 14 %), dann in 9 von 10 Fällen mit dem weiblichen Elternteil. Leben 15- bis 17-jährige Kinder in Alleinerziehendenfamilien, ist in rund 18 % der Vater der alleinerziehende Elternteil, während es bei den unter 3-jährigen nur zu 4 % der Fall ist. Diese Verteilung hat sich innerhalb der letzten 10 Jahre nicht verändert (Tab. A4-3web).

Kinder aus Familien mit Risikolagen

Nach wie vor ist in Deutschland ein gerade im internationalen Vergleich enger Zusammenhang zwischen familialen Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung sowie Zertifikats- und Kompetenzerwerb nachweisbar (vgl. B4, C1, D2, D7, F2, H5). Die Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern lassen sich anhand einiger Strukturmerkmale ihres direkten Umfelds in der Familie, etwa des formalen Bildungsstands der Eltern, des sozioökonomischen Status der Familie sowie der elterlichen Erwerbsbeteiligung, beschreiben. Hieraus können 3 Arten von Risikolagen abgeleitet werden: die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern, die soziale sowie die finanzielle Risikolage. In Deutschland sind 2018 gut 29 % oder fast jedes 3. Kind unter 18 Jahren von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen, 4 % von allen 3 Risikolagen gleichzeitig (Abb. A4-2, Tab. A4-4web).

Jedes 3. Kind in Deutschland von mindestens einer Risikolage betroffen

Anteil der Kinder aus formal gering qualifizierten Elternhäusern stabil

Die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern (auch „bildungsbezogene Risikolage“) liegt dann vor, wenn alle Elternteile im Haushalt einen Bildungsstand unter ISCED 3 haben, also weder eine Hochschulreife noch eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können. Eine typische Folge dieser Risikolage kann die fehlende

Unterstützungsmöglichkeit für die Kinder etwa in schulischen Belangen sein (vgl. **D5**). 2018 wuchsen 12 % aller Kinder in Deutschland in einer von dieser Risikolage betroffenen Familie auf (2008: 12 %).

In den meisten Familien sind heute beide Elternteile erwerbstätig, wenn auch häufig mit unterschiedlichen Arbeitszeitvolumina (**A3**). Dennoch wachsen 10 % der Kinder trotz der guten Arbeitsmarktsituation in Haushalten auf, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist (2008: 10 %): In diesen Fällen liegt die *soziale Risikolage* vor. Eine typische Folge kann der den Kindern fehlende Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sein. Dies sind insbesondere Netzwerke, die auf der Erwerbstätigkeit der Eltern basieren und den Kindern einen erleichterten Zugang zu Hilfen, Anerkennung und Kontakten bis hin zu ganz praktischen Effekten wie dem Finden von Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bieten können. Auch ist davon auszugehen, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern eine Vorbildfunktion für die Kinder hat (**Tab. A4-5web**).

Rund jedes 5. Kind in Deutschland ist aktuell von der *finanziellen Risikolage* betroffen. Diese liegt vor, wenn das in Abhängigkeit von der Haushaltszusammensetzung berechnete Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze **M** liegt, wovor auch Erwerbstätigkeit nicht immer zu schützen vermag. Gegenüber 2008 ist der Anteil der von dieser Risikolage betroffenen Kinder in Deutschland von 18 auf 20 % gestiegen; damit handelt es sich weiter um die am meisten verbreitete Risikolage. Zudem ist ein deutlicher Zusammenhang von Armutsgefährdung und Anzahl der Kinder festzustellen: Kinder in Ein- und Zweikindfamilien sind zu 16 %, Kinder in Familien mit 3 und mehr Kindern zu 35 % von der finanziellen Risikolage betroffen (**Tab. A4-6web**).

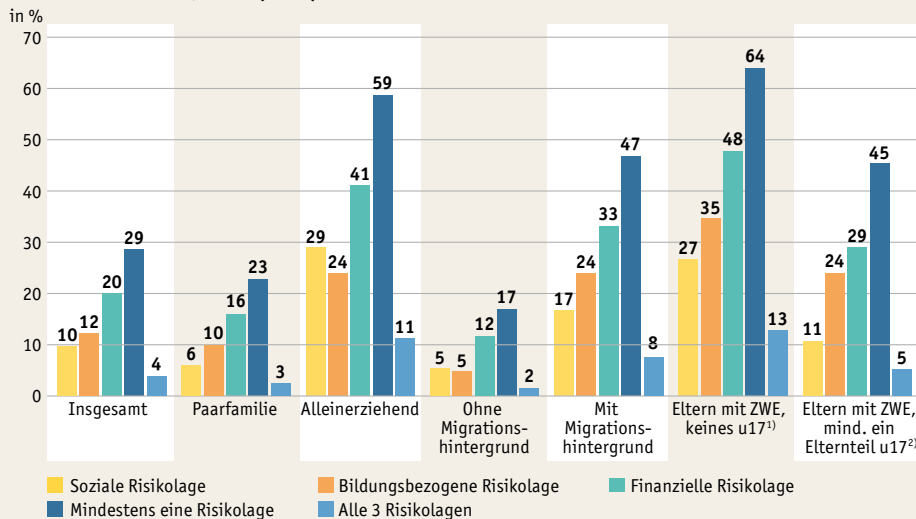
Jedes 10. Kind wächst in einer sozialen Risikolage auf

Anteil armutsgefährdeter Kinder weiter hoch, insbesondere in Mehrkindfamilien

Alleinerziehende

Dass Kinder Alleinerziehender überdurchschnittlich häufig von Risikolagen betroffen sind, ist schon aus strukturellen Gründen wenig erstaunlich: In Alleinerziehendenfamilien beziehungsweise -haushalten gibt es nur einen Elternteil, der etwa einen

Abb. A4-2: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2018 nach Familienform und Migrationshintergrund (in %)



1) Alle Elternteile im Haushalt mit Zuwanderungserfahrung, kein Elternteil war zum Zuwanderungszeitpunkt nach Deutschland jünger als 17 Jahre.

2) Alle Elternteile im Haushalt mit Zuwanderungserfahrung, mindestens ein Elternteil war zum Zuwanderungszeitpunkt nach Deutschland jünger als 17 Jahre.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus **D**, eigene Berechnungen

→ Tab. A4-4web

Über die Hälfte der Kinder von Alleinerziehenden wächst in mindestens einer Risikolage auf

Bildungsabschluss vorweisen (und die Familie damit aus der bildungsbezogenen Risikolage „herausholen“) und erwerbstätig (analog für das soziale und eingeschränkt das finanzielle Risiko) sein kann. Nur das finanzielle Risiko berücksichtigt die tatsächliche Haushaltszusammensetzung von vornherein bei der Berechnung.

Doch auch unter Berücksichtigung dieser Tatsache wird deutlich, dass in Alleinerziehendenfamilien eine weit überproportionale Häufung für jede der 3 Risikolagen vorliegt. Während in Paarfamilien rund 23 % der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen sind, ist der entsprechende Anteil bei Kindern Alleinerziehender mit 59 % mehr als doppelt so hoch. Besonders markant ist die Situation beim Vorliegen aller 3 Risikolagen: Während 3 % der Kinder in Paarfamilien davon betroffen sind, beträgt der Anteil in Alleinerziehendenfamilien 11 %.

Lebt ein einzelnes Kind allein mit Mutter oder Vater, liegt der Anteil der von allen 3 Risikolagen betroffenen Kinder bei 8 %; lebt ein 2. Kind in der Familie, sind es 10 %, bei 3 und mehr Kindern 23 %. Generell ist festzustellen, dass Kinder in Alleinerziehendenfamilien weitaus häufiger von Risikolagen betroffen sind, wenn sie mit einer alleinerziehenden Mutter leben. Ein wichtiger Faktor dürfte dabei sein, dass Kinder alleinerziehender Väter in der Regel deutlich älter sind und die Kinderbetreuung entsprechend einen weniger großen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit hat.

Migrationshintergrund und Zuwanderungserfahrung

Kinder mit Migrationshintergrund viermal häufiger von allen 3 Risikolagen betroffen als Kinder ohne Migrationshintergrund

Auch Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund wachsen überproportional häufig mit einer oder mehreren Risikolagen auf. Von mindestens 1 Risikolage sind 47 % von ihnen betroffen, von allen 3 Risikolagen 8 %; die Vergleichswerte bei Kindern ohne Migrationshintergrund sind 17 respektive 2 %. Ein offenkundig großes Problem ist das finanzielle Risiko, von dem mit 33 % jedes 3. Kind aus Familien mit Migrationshintergrund betroffen ist – im Vergleich dazu liegt dieses Risiko bei lediglich 12 % der Kinder ohne Migrationshintergrund vor. Noch deutlicher werden die Unterschiede bei der bildungsbezogenen Risikolage: In Familien mit Migrationshintergrund leben die Kinder mit 24 % fünfmal häufiger in Familien mit formal gering qualifizierten Eltern, als es bei Kindern in Familien ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

Innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund unterscheidet man die 1. und folgende Generationen, wobei die 1. Generation eine eigene Zuwanderungserfahrung hat (A1). In Deutschland lebt 2018 jedes 4. Kind (25 %) in einer Familie, in der beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) nach Deutschland zugewandert sind. In diesen Familien sind alle Risikolagen häufiger anzutreffen als bei Familien ohne Zuwanderungserfahrung. So leben 58 % dieser Kinder mit mindestens einer Risikolage und 31 % der Kinder mit der Risikolage formal gering qualifizierter Eltern. Alle Risiken fallen jedoch deutlich geringer aus, wenn die Eltern beim Zuzug selbst noch Kinder oder Jugendliche waren: War mindestens ein Elternteil zum Zuzugszeitpunkt unter 17 Jahre alt, leben 45 % der Kinder mit mindestens einer und 24 % mit der bildungsbezogenen Risikolage.

Risikolagen im Ländervergleich

Risikolagen regional stark unterschiedlich ausgeprägt

Zwischen den Bundesländern unterscheiden sich die Werte für die Risikolagen zum Teil erheblich. Die bildungsbezogene Risikolage etwa ist in den ostdeutschen Flächenländern deutlich geringer ausgeprägt als im Westen: Etliche Angehörige der Elterngeneration haben noch das DDR-Bildungssystem durchlaufen, das nur wenige ohne Ausbildungsabschluss verlassen haben; zudem spielt der im Vergleich zum Westen geringere Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die häufig niedrigere Bildungsabschlüsse vorzuweisen haben, eine Rolle.

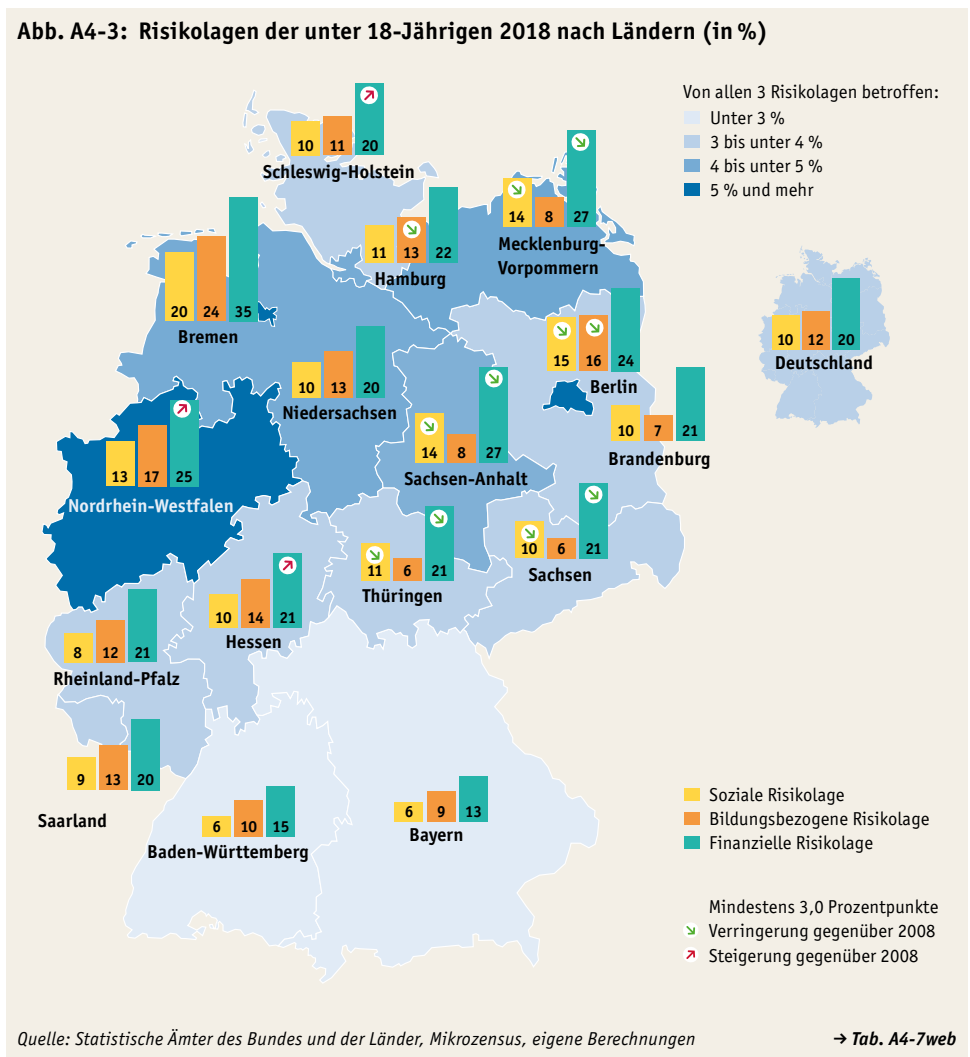
Die Stadtstaaten liegen bei allen Risikolagen über dem Bundesdurchschnitt, Hamburg allerdings nur knapp. In Bremen ist fast die Hälfte (49%) der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen, deutlich häufiger als in Berlin oder Hamburg, wo die Anteile bei 35 respektive 30% liegen. Für die Stadtstaaten sticht deutlich die finanzielle Risikolage hervor, insbesondere in Bremen mit 35% – rund 15 Prozentpunkten über dem Bundesdurchschnitt (Abb. A4-3, Tab. A4-7web).

Risikolagen im internationalen Vergleich

Ein Blick auf die EU-28-Mitgliedstaaten zeigt insbesondere bei der Armutsgefährdungsquote und ihrer Entwicklung in den letzten Jahren eine große Heterogenität. Im Schnitt aller EU-28-Staaten war jedes 5. Kind unter 18 Jahren (19%) armutsgefährdet. Während dies in Deutschland auf 12% der unter 18-Jährigen zutraf, reichten die europäischen Werte von 4% in Polen bis 52% in Griechenland, wo es seit 2010 zu einem Anstieg um 31 Prozentpunkte kam.

Weniger große Unterschiede zeigen sich bei der Erwerbslosigkeit beider Elternteile: In den EU-28-Staaten insgesamt sowie Deutschland im Besonderen wachsen rund 9% aller Kinder mit dieser Risikolage auf. Staaten wie Slowenien (3%) und Portugal (5%) weisen unterdurchschnittliche Anteile auf; Belgien und Frankreich mit 12% überdurchschnittliche.

Abb. A4-3: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2018 nach Ländern (in %)



Die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern ist hingegen in fast allen EU-28-Mitgliedstaaten rückläufig: Hier liegt Deutschland mit 4 % deutlich unter dem Durchschnitt aller EU-28-Mitgliedstaaten (13 %). Nur Finnland, Slowenien, Litauen und Polen weisen ähnlich niedrige Werte wie Deutschland auf. Besonders häufig fanden sich Kinder unter 18 Jahren mit formal gering qualifizierten Eltern in Portugal und Italien, wo dies auf jedes 3. (36 %) respektive jedes 4. Kind (25 %) zutrif (Tab. A4-8web).

Methodische Erläuterungen

Lebens- und Familienformen

Gemäß der im Mikrozensus verwendeten Definition ist „Lebensform“ der Oberbegriff für alle Formen des Zusammenlebens in Haushalten. Als „Familien(formen)“ werden alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern unter 18 Jahren bezeichnet: Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit Kindern. Weitere Lebensformen sind Ehepartner (ohne Kinder), Lebenspartner (ohne Kinder) und Alleinstehende. Zu beachten ist, dass Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, sowie Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung dabei unberücksichtigt bleiben.

Armutsgefährdungsgrenze

Zur Bestimmung der Armutsgefährdungsgrenze werden die Haushaltsäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen eines Haushalts ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die „modifizierte OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Bei weniger als 60 % des Medians des Durchschnittsäquivalenzeinkommens nach Bundesmaßstab wird von einer Armutsgefährdung ausgegangen.

Perspektiven

Das moderate Anwachsen der Bevölkerung aufgrund steigender Geburtenzahlen und des anhaltenden Zuwanderungsgewinns aus dem Ausland dürfte in den nächsten Jahren sowohl in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung als auch daran anschließend im Primar- und Sekundarbereich der Schulen zu einer steigenden Nachfrage der Angebote führen. Diese Prognose sollte sich bei allen Unsicherheiten, die sich etwa aus möglichen Rückkehr Tendenzen von Schutz- und Asylsuchenden, weiterer Zuwanderung und Schwankungen in der Anzahl der Geburten ergeben, als stabil erweisen.

Die wachsende Nachfrage nach Bildungsangeboten betrifft das Bundesgebiet nicht gleichmäßig. Im Vergleich zu ländlichen Regionen sind insbesondere in den Städten steigende Geburtenzahlen zu verzeichnen und die Bevölkerungskomposition im städtischen Raum ist zudem von höheren Anteilen an Menschen mit Migrationshintergrund und Zuwanderungserfahrung geprägt. Daraus lassen sich regional heterogene Bedarfe ableiten, etwa nach Bildungsinfrastruktur sowie Anzahl und Qualifikation des pädagogischen Personals, denen frühzeitig begegnet werden muss (A1).

Der Bildungserfolg der Kinder steht in Deutschland in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der sozialen Situation der Familie, sodass grundsätzlich die Verbesserung und der Umgang mit schwierigen sozialen Lebenslagen eine der zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft und damit auch für das Bildungssystem bleibt. Auch wenn unterschiedliche Chancen im Bildungssystem durch viele Faktoren bedingt sind, so verweist der stark erhöhte Anteil von bildungsbezogenen Risikolagen bei Menschen mit Migrationshintergrund – ohne und mit eigener Zuwanderungserfahrung – auf besondere Aufgaben, möglichen Benachteiligungen wirkungsvoll zu begegnen. Dabei ist hervorzuheben, dass der Migrationsstatus selbst nicht Ursache dieser Schwierigkeiten ist, sondern die in dieser Bevölkerungsgruppe kumulierenden sozioökonomischen Härten, die sich auch in den berichteten Risikolagen widerspiegeln.

Kinder aus kinderreichen Familien und Kinder von Alleinerziehenden sind ähnlich häufig wie Kinder mit Migrationshintergrund von Risikolagen für Bildung betroffen. Sie wachsen insbesondere überproportional oft unter Bedingungen der Armutsgefährdung auf. Auch ist bei Familien mit mehr als 2 Kindern die Erwerbsbeteiligung – im Fall von Al-

leinerziehendenfamilien vorrangig die der Mütter – deutlich reduziert (A4).

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist grundsätzlich gestiegen, auch die von Frauen mit Kindern, die eng mit der Verfügbarkeit geeigneter Betreuungsangebote verbunden ist. Eine zentrale Bedingung für die weitere Erschließung dieses Arbeitskräftepotenzials ist daher der fortgesetzte Ausbau dieser Kapazitäten und gegebenenfalls eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im vorschulischen und schulischen Bereich, etwa der Öffnungszeiten in der Kindertagesbetreuung (vgl. C2) und der Ganztagsangebote im Primar- und Sekundarbereich (vgl. D3). Die bisherigen Entwicklungen in diese Richtung zeitigen erkennbare Erfolge: So ist etwa die Erwerbstätigkeit von Müttern jüngerer Kinder in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Sicherlich auch unter dem Einfluss dieser Rahmenbedingungen hat sich die Erwerbsquote der Frauen insgesamt der der Männer weiter angenähert. Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung bestehen jedoch nach wie vor und werden vor allem während und kurz nach der typischen Altersphase für die Familiengründung deutlich; auch sind weiterhin markante Unterschiede beim Beschäftigungsumfang zu verzeichnen. Die immer längere Erwerbsphase der Frauen und Männer mit einem späteren Eintritt ins Rentenalter weist auf einen stetig steigenden Weiterbildungsbedarf der Beschäftigten hin, womit ein nutzer- und arbeitsmarktgerechtes Aus- und Weiterbildungsangebot zunehmend an Bedeutung gewinnt (A3, vgl. auch G4).

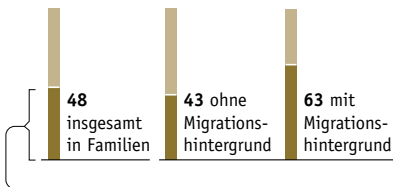
In den weiteren Darstellungen dieses Berichts wird sich zeigen, dass sich eine ganze Reihe bildungsbezogener Desiderata ausmachen lässt, denen zweifellos nicht mit finanziellen Mitteln allein zu begegnen ist, die aber gleichwohl erhebliche finanzielle Investitionen erfordern. Die besonderen finanziellen Spielräume, die aufgrund der bis 2019 günstigen wirtschaftlichen Situation und der guten Lage am Arbeitsmarkt sowie der damit verbundenen höheren Einnahmen der öffentlichen Haushalte bestanden (A2), dürften sich durch die zu erwartenden massiven wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zumindest stark reduzieren. Die weiterreichenden finanziellen und auch gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Rahmenbedingungen des Bildungssystems sind bei Drucklegung des Berichts nicht absehbar.

Im Überblick



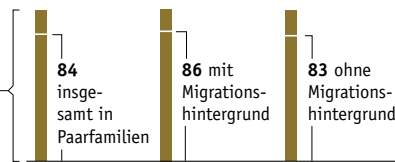
2018 leben in Deutschland 48% der Bevölkerung in Familien

Familien mit unter 18-jährigen Kindern in %

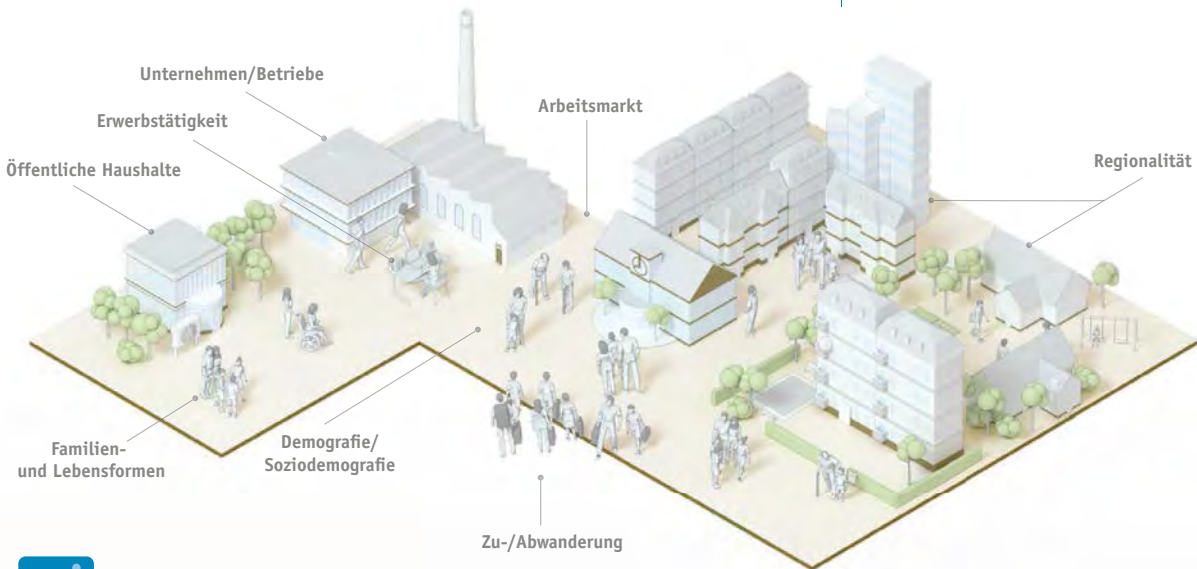
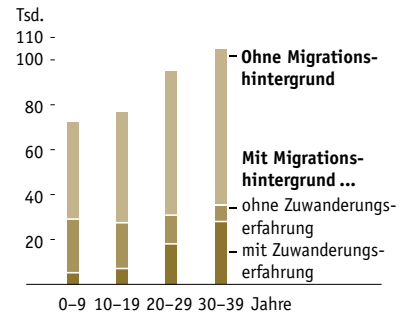


Die Bevölkerung in Familien lebt zu 84% in Paarfamilien und zu 16% in Alleinerziehendenfamilien

Anteil der Paarfamilien an allen Familien (2 Erwachsene + X Kinder) in %

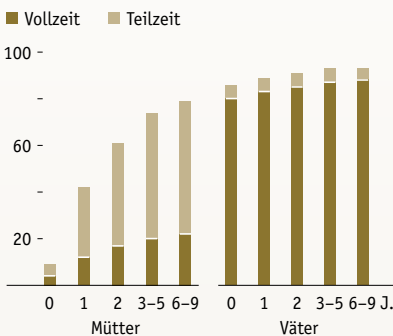


Hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an den unteren Altersjahrgängen, die meisten davon in Deutschland geboren



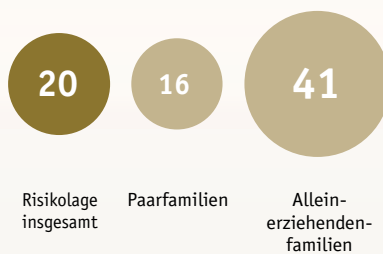
Erwerbstätigkeit der Mütter hängt eng mit dem Alter des jüngsten Kindes zusammen

Anteil Erwerbstätiger nach Alter des jüngsten Kindes in %



Kinder in Alleinerziehendenfamilien besonders häufig von Armut bedroht

Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze in % der unter 18-Jährigen



Kinder in Familien mit Migrationshintergrund leben weiterhin deutlich häufiger in formal gering qualifizierten Elternhäusern

Bildungsstand der Eltern unter ISCED 3 in % der unter 18-Jährigen

